Entwurf für die Beschlussfassung des Länderrats der WASG:

So schnell wie möglich - so langsam, sorgfältig und offen wie nötig!

Der Vorstand der WASG ist durch einen Beschluss des Kasseler Parteitages und die anschließende Urabstimmung unter den Mitgliedern darauf verpflichtet worden, den Verständigungsprozess für eine neue gemeinsame politische Formation ergebnisoffen auf allen Ebenen der WASG zu organisieren.
In den Grundsatzvereinbarungen vom 9.6.2005 haben die beiden Parteien vereinbart:
(...)
1. Die Delegationen sind sich einig, ihren jeweiligen Parteien eine Vereinigung miteinander vorzuschlagen. Sie werden im Interesse der Einheit der demokratischen Linken engagiert für dieses Ziel kämpfen. Der Vereinigungsprozess soll spätestens zwei Jahre nach einer für das Jahr 2005 vorgezogenen Bundestagswahl abgeschlossen sein.
(...)
In der ergänzenden Kooperationsvereinbarung vom 17.6.2005 haben die Parteien vereinbart:
(...)
Das Gesprächsergebnis vom 9.6.2005 bildet die Grundlage der weiteren Gespräche. Sie haben die Aufgabe die getroffenen Vereinbarungen zu präzisieren, zu konkretisieren und um die mündlich erörterten Themen zu ergänzen. Damit sollen gleichzeitig Missverständnis oder Missdeutungen vermieden sowie belastbare Verabredungen fixiert werden.
Auf dem Hintergrund noch vieler offener Fragen ist festzustellen,
dass in beiden Parteien noch viel Unsicherheit und Unkenntnis gegenüber
unserem gemeinsamen Projekt existieren. Beide Parteivorstände werden
deshalb
- zum maßvollen und fairen Umgang miteinander aufrufen
- regelmäßige gemeinsame offizielle Erklärungen über den Stand der Verhandlungen abgeben
- eine gemeinsame Clearing-Gruppe einrichten, die mögliche Missverständnisse und Konflikte ausräumen, bei gravierenden Vorwürfen moderieren und so Zerwürfnissen verhindern soll
(...)

Die Grundsatzvereinbarung vom 17.Juni 2005 wird in den Punkten 1 und 2 wie folgt konkretisiert:
Zu 1.
Die Delegationen sind sich einig, ihren jeweiligen Parteien ein konkretes Projekt der Neugruppierung der politischen Linken vorzuschlagen. WASG und Die Linkspartei.PDS wollen durch konkrete Schritte einen Verständigungsprozess der demokratischen Linken voran bringen. In einer neuen politischen Partei könnten die Formation einer breiten gesellschaftlichen Protestbewegung gegen das neoliberale Gesellschaftsprojekt gestärkt und konkrete Alternativen gemeinsam vorangetrieben werden.
Wir wollen in offenen Foren die politischen Gemeinsamkeiten, die historisch-kulturellen Unterschiede und die theoretisch-programmatischen Differenzen in eine gemeinsame politische Organisation einbringen. In den nächsten Monaten, verstärkt nach der Bundestagswahl, sollen konkrete Foren, Kommissionen und Etappen vereinbart werden, so dass den beteiligten Parteien und Organisationen eine begründete Entscheidung möglich

wird, ob und unter welchen Bedingungen eine gemeinsame politischen Formation entstehen kann.
Zu 2.
Zur Vorbereitung, Durchführung und politischen Steuerung dieser Neugruppierung der demokratischen Linken wird eine gemeinsame Kommission gebildet, die für andere Partner offen ist. Zunächst entsenden beide Parteien paritätisch Mitglieder; über die Ausweitung wird einvernehmlich entschieden. Die Kommission soll nach einer Phase breiter Debatten folgende Dokumente erarbeiten: ein Parteiprogramm, ein Statut, Namen und Art und Weise einer politischen Formation der demokratischen Linken. Beide Seiten bekräftigen, dass der Weg zu einer solchen Formation, in der beide aufgehoben sein können, in Form gleich berechtigter Partnerschaft erfolgt. Deshalb wird in der neuen Partei für einen Übergangszeitraum geregelt, dass in zentralen Gremien einvernehmlich die Partner paritätisch vertreten sind.
Der Punkt 3 bleibt in der Version der Grundsatzvereinbarung vom 17. Juni 2005.
(...)

1.
Wir ergreifen nach dem erfolgreichen Wahlkampf die Initiative, der Verständigung auf Ebene der Kommunen, der Landesverbände und auf Bundesebene konkrete Formenzu geben.
Wir dringen darauf, eine entsprechende Willensbildung bei der Führung beider Parteien und allen Kräften voranzubringen, die sich als Teil der neuen gesellschaftlichen Linken verstehen und zu deren Formierung beitragen wollen.
Wir streben an auf Basis der folgenden Positionen ein Kooperationspapier 3 mit der Linkspartei fest zuvereinbaren.
2.
Die Vorstellung, den Willensbildungs- und Entscheidungsprozess vor den Landtagswahlen in drei Bundesländern im März 2006 (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt) im Grundsatz geklärt zu haben, ist praktisch und politisch nicht zu verwirklichen.
Maßstab für die weitere Gestaltung des Prozeßes muß die Maxime
"So schnell wie möglich - so langsam, sorgfältig und offen wie nötig" sein.
Der Prozeß der Herausbildung einer Partei, die die gesellschaftliche Linke längerfristig repräsentieren wird, beruht auf folgenden Prämissen:
- dieser Prozeß ist als Topdown-Prozeß durch Beschlüsse der jeweiligen Vorstände nicht zu verordnen
- die Menschen in den Ländern und Regionen entscheiden nicht nur das Tempo sondern auch den Erfolg.
- historisch-kulturellen Unterschiede und die theoretisch-programmatischen Differenzen müssen nachhaltig und dauerhaft bearbeitet und überwunden werden
- Die Konflikte, die sich aus der Orientierung der Linkspartei.PDS auf Regierungsbeteiligungen ergeben, müssen Thema des bundesweiten Parteibildungsprozesses sein.
- die Parteivorstände haben die Aufgabe, den Prozeß durch die Zurverfügungstellung organisatorischer und finanzieller Mittel zu fördern und zu öffnen - nicht zu dominieren und zu determinieren.
Angestrebt wird, dass der weitere Rahmen des Vereinigungsprozesses zwischen WASG und Linkspartei zeitlich und strukturell abgeklärt und vereinbart wird.
Wir sind uns allerdings bewusst, dass die Ergebnisse der Bundestagswahlen vom September 2005 eine politische Konstellation geschaffen haben, die eine instabile Regierungsbildung und erneute vorgezogene Neuwahlen einschliesen kann. Die WASG hat sich bislang als so entscheidungs- und handlungsstark erwiesen, dass sie auf eine Veränderung der politischen Rahmenbedingungen zügig reagieren kann.
3.
Die WASG will mit der Linkspartei folgende zeitliche, strukturelle und inhaltliche Konkretisierung vereinbaren:
- Die Landesverbände werden aufgefordert, gemeinsame Veranstaltungen und Beratungen durch zuführen.
- Auf Bundesebene wird umgehend eine Serie von überregionalen Foren durchgeführt. Diese Foren sollten nicht auf die Parteien beschränkt sondern offen sein, d.h. ein Angebot für gemeinsame Diskussionen mit sozialen, zivilgesellschaftlichen

Bewegungen, aber auch mit den WählerInnen der Linkspartei, die ja nur zum geringeren Teil Mitglieder sind, darstellen.
- Für diese Foren zeichnet ein Trägerkreis verantwortlich der bisher, also vorläufig – aus politischen Vereinigungen besteht, die den beiden Parteien Linkspartei. PDS und WASG nahe stehen. Eine direkte Trägerschaft der Parteien ist nicht sinnvoll. Ausgewertet und begleitet werden sollen die Foren durch eine Steuerungsgruppe aus beiden Parteien, die sich einvernehmlich auf Ausweitung auf Vertreter anderer Strömungen etc. verständigt.
Träger und damit Gestalter der Foren sind bislang: die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Helle Panke – Regionalstiftungen der RLS, Wissenstransfer , Verein Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit und die Zeitschrift Sozialismus.
Weitere Träger zur Verbreiterung des Prozesses werden dazu eingeladen dem Trägerkreis beizutreten. Die Themenvorschläge sind im Anhang vorläufig und nicht abschließend konkretisiert. Sie sollen auch der Tatsache Rechnung tragen das Politik nicht an deutschen Grenzen endet und die Erörterung strategischer Fragen der politischen Durchsetzung unserer Positionen beinhalten.
- Beide Parteien verabreden, dass zwei zentrale Themenfelder (Arbeitsmarkt & Tarifautonomie – Gesundheit/GKV) zu Schwerpunkten der politischen Aufklärung erklärt werden. Hierzu (und für weitere Fortbildungsangebote) wird ein Referentenpool gebildet, Material und eine Bildungskonzeption erarbeitet.
- Unabhängig davon, ob die SPD in eine große Koalition einbezogen wird, sollte die Strategiedebatte über die Zukunft der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert erweitert werden.
- die WASG wird in Abstimmung mit der Linkspartei.PDS bei den Landtagswahlen im Westen ihrerseits mit, für KandidatInnen aus den Reihen der Linkspartei und weiteren KandidatInnen offenen Listen antreten. Eine Kandidatur gegeneinander soll damit ausgeschlossen werden. Dieser Prozeß muss so gestaltet werden, dass der Charakter der neuen Linken sowohl in der Listennominierung, der Namensgebung und in der Wahlkampfgestaltung widergespiegelt und der Prozeß der Parteiwerdung der neuen Linken unterstützt wird.
Durch eine Ergänzung des Länderparteinamens durch einen Namenszusatz ”Die Linke in...” könnte dem z. T. Rechnung getragen werden.
- Im 1. Halbjahr 2006 werden auf drei Regionalkonferenzen – Süd, Ost, Nord – die Ergebnisse der örtlichen Kooperationen, der Foren und die Erfahrungen mit der politischen Kampagne ausgewertet und Vorschläge für den weiteren Rahmen (programmatisch, organisatorisch und zeitlich) des Vereinigungsprozesses formuliert.
- Im 2. Halbjahr 2006 werden beide Parteien bezogen auf die Hauptfelder des neoliberalen Angriffs eine Reihe von Oppositionskonferenzen ausrichten, auf denen der Dialog und die Verständigung mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und globalisierungskritischen Vereinigung vorangetrieben wird.
- Die Parteien benennen umgehend - wie vereinbart - einen paritätisch besetzte Steuerungsgruppe, die den weiteren Prozeß anleitet. Zusätzlich sollen über die benannten Vertreter von WASG und Linkspartei hinaus unabhängige Repräsentanten der gesellschaftlichen Linken u. a. aus der Kultur und Wissenschaft gewonnen werden, die mit Sitz und Stimme ein Drittel den Mitglieder der Steuerungsgruppe stellen.
Ferner wird eine paritätische Unterkommission gebildet, deren Aufgabe die Dokumentation und redaktionelle Aufbereitung der Debatten aus den Foren zu Programmund Organisationsfragen ist. Diese Ausarbeitungen sind zu veröffentlichen.
- Aufgabe der Steuerungsgruppe ist es, den Zeitpunkt für die Parteitage der beiden Parteien vorzuschlagen, auf denen die Ergebnisse des Prozesses bewertet und die entsprechenden Beschlüsse über die Einleitung der Urabstimmung in beiden Parteien gefasst werden.
- Ein – paritätisch besetzter– Gründungsausschuss hätte dann die Aufgabe für einen noch festzusetzenden Gründungsparteitag den Vorschlag für ein Organisationsstatut und ein Programm vorlegen. Im Organisationsstatut müssen dann längere Übergangsfristen für die paritätische Besetzung von Führungspositionen auf den verschiedenen Ebene festgelegt werden.

Anhang:

Vorschläge für inhaltliche Foren des weiteren Prozesses:

Die nachfolgenden Projekte sind offen für weitere Vorschläge; personelle Benennungen und Trägerkreis sind vorläufig und können durch andere ersetzt und ergänzt werden. Gedacht ist weiter daran, die regionale Zuordnung der Foren zu erweitern. Außerdem wollen wir - sobald die Steuerungsgruppe von beiden Parteien benannt ist – auch andere Strömungen der politischen Kultur mit einbeziehen, was gleichfalls thematische und organisatorische Veränderungen einschließt.
Die Steuerungsgruppe ist der zentrale Ansprechpartner für Erweiterungs- und Veränderungswünsche. Soweit angefordert, sollen durch diese Arbeitsgruppe entsprechende Projekte auf Länder- und Regionalebene unterstützt und die Auswertung mit einbezogen werden.

1. Forum

Neuerfindung des Sozialstaats
Herausforderungen und Perspektiven sozialer Sicherung

Termin: 8. Oktober 2005
Ort: Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung
Veranstalter: Helle Panke, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Zeitschrift Sozialismus, WISSENTransfer
Die sozialen Sicherungssysteme stehen unter Dauerbeschuss. Globalisierung, die demografische Entwicklung und eine ausufernde Bürokratie werden als die maßgeblichen Gründe angesehen, weshalb der Sozialstaat im 21. Jahrhundert weder wettbewerbsfähig noch bezahlbar ist. Privatisierungen im Gesundheitssystem, kapitalbasierte Renten und Sozialhilfe für Arbeitslose markierten den Systembruch der Agenda 2010. Und nun: Gesundheitsprämie, Rentenkürzung durch verlängerte Lebensarbeitszeit, Niedrigstlöhne ... – die sozioökonomische Abwärtsspirale wird weiter nach unten gedreht.
Die Erfahrungen haben gezeigt: Das schafft keine neuen Arbeitsplätze. Das schürt soziale Ängste und produziert Ausgrenzung. Das treibt die Spaltung der Gesellschaft voran und provoziert Fremdenfeindlichkeit. Und mit der Demontage des Sozialen stirbt die Demokratie. Umso wichtiger ist es, über Weichenstellungen eines erneuerten Sozialstaats zu diskutieren. Über seine Fundamente: aktive Beschäftigungspolitik und eine krisenresistente Bürgerversicherung. Über Transparenz und Teilhabe: der demokratische Sozialstaat. Über ein neues europäisches Projekt.
Dabei ist zu klären: Wie weit reicht der Konsens innerhalb der politischen Linken? Wie groß ist der Klärungsbedarf? Wo liegen die Kontroversen? Jenseits von angepasster Realpolitik und Wunschzetteln.
Das Programm
10:30-11:45 Zwischen Agenda light und Agenda brutal:
Sozialstaat im entfesselten Kapitalismus
Axel Gerntke, IG Metall Grundsatzabteilung
11:45-13:45 Jenseits der Prekarität:
Vollbeschäftigung neuen Typs und Umverteilung
Dieter Klein, Rosa-Luxemburg-Stiftung
Der demokratische Sozialstaat:
Eckpfeiler einer neuen Wohlfahrtsarchitektur
Stephan Lessenich, Universität Jena
14:15-15:30 Jenseits des Nationalstaats:
die Zukunft des Europäischen Sozialmodells
Klaus Dräger, GUE/NGL Brüssel
15:30-17:15 Strategiedebatte: zwischen Emanzipation der Lohnarbeit und bedingungslosem Grundeinkommen
Julia Müller, Programm AG der WASG
Torsten Koplin, MdL Linkspartei Mecklenburg-Vorpommern

2. Forum

Die neue Linkspartei in Deutschland

Zwei Publikationen in der Diskussion: "Überholt wird links. Was kann, was will, was soll die Linkspartei" (Hrsg. Ulrich Maurer und Hans Modrow); "Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen (Hrsg. Michael Brie)
Mit Ulrich Maurer, Dr. Hans Modrow, Prof. Dr. Dieter Klein
Moderation: Prof. Dr. Christa Luft
Termin: 10. Oktober
Ort: Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung
Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Helle Panke

3. Forum

Perspektiven der Linkspartei

Termin: 29./30.Oktober Freitag 16:00-20:00, Samstag 10:00-16:00
Ort: Frankfurt am Main
Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Zeitschrift Sozialismus, WISSENTransfer
Schwerpunkte:
- Einschätzungen zum Herkommen, Stand und Perspektiven der Linkspartei;
- Anforderungen an die Linkspartei aus feministischer und migrationspolitisch antirassistischer Sicht.

Teil 1 / Samstag, 16.00 – 19.00 Uhr
- Anliegen der "gesellschaftspolitischen Foren", Situation Linkspartei/WASG im Westen.
- Evtl. Beitrag zur Funktion, zu Möglichkeiten der und Gefahren für die Linkspartei aus politikwissenschaftlicher oder journalistischer Sicht (Außensicht, z.B. Franz Walter oder Mitarbeiter FR, nahe stehend z.B. Dietmar Wittich)
- Schlussfolgerungen für die Linkspartei aus den Problemen der PDS im Westen 1991/2005 (Meinhard Meuche-Mäker, RLB-Hamburg)
- Einige Anmerkungen zum Hintergrund der Entstehung der WASG im Westen 2004/05 (Helge Meves oder Ralf Krämer).

Teil 2 / Samstag, 20.00 Uhr (separate Veranstaltung des RL-Forum Hessen)
Linkspartei' – das Konzept einer ‚Pluralen Linken' an Beispielen in Frankreich und Portugal.
Mit den Europaparlamentariern René Wurtz (PCF) und Miguel Portas (Bloco de Esquerda) (beide angefragt).
Verantwortlich: Jörg Prelle, RLF Hessen
Teil 3 / Sonntag, 9.00/10.00 bis ca. 15.00 Uhr:
- Linkspartei: Feministisch oder nicht links? Anforderungen aus Sicht von Feministinnen und anderen Frauen auf der Linken.
  o Einführung: Evelin Wittich
  o Evtl. ergänzt durch Vertreterin des "Frauenaufbruchs" (siehe Veranstaltung am 10./11. September in Frankfurt)
- Links ist, wo keine Heimat ist? Antirassistische und migrationspolitische Anforderungen an ein linkes Projekt.
  o Einführung: VertreterIn des "Offenen Briefes" und/oder einer MigrantInnenorganisation (TGD? DIDF?)
  o Vertreter von Gewerkschaften
- Schlusspodium mit VertreterInnen von Linkspartei und WASG zum feministischen und antirassistischen Profil des Parteiprojektes.

Angesprochen werden sollen für die weitere Konkretisierung:
- Linkspartei- und WASG-Landesvorstände Hessen;
- Hessische MdB's (Wolfgang Gehrcke, Werner Dreibus/WASG-Bundesvorstand)
- Linkspartei: Claudia Gohde, Harald Werner (als Zuständige für politische Bildung), VertreterIn des geschäftsführenden Bundesvorstandes (z.B. Katja Kipping, Dagmar Enkelmann oder Bodo Ramelow)
- WASG: Vertreter/in der Bundesebene
- (ggf. zusätzlich ein/e offzielle/r Vertreter/in der Fraktion)
- Migrationspolitische und feministische/frauenpolitische Verantwortliche aus Linkspartei, WASG und Fraktion (Migration: z.B. Elke Breitenbach, Katina Schubert,

BAG Antirassismus u.a. in Linkspartei; MdB's wie Ulla Jelpke, Hüseyin Aydin, Hakki Keskin, Sevim Dagdelen; WASG : Murat Cakir u.a.); Frauenpolitik/WASG: Heidi Scharf, Anni Heike, Julia Müller; Linkspartei und Fraktion noch zu bestimmen).
- RLS/RLS-Umfeld: Christoph Spehr u.a.

4. Forum

Die Zukunft der Linken und der demokratische Sozialismus

Termin: 4./5. November
Ort: Berlin
Veranstalter: Helle Panke, Zeitschrift Sozialismus, WISSENTransfer
Abendveranstaltung am 4. November:
Überlegungen von Linkspartei und WASG zur sozialistischen Zielstellung einer neuen Linkspartei
Referenten: *Gregor Gysi* und *Oskar Lafontaine*
Workshop am 5. November:
Kann ein demokratischer Sozialismus (ähnlich) wie einst die bürgerlich-kapitalistische (innerhalb und) aus der bestehenden Gesellschaft heraus wachsen oder entwickelt werden?
Gegenwart und Zukunft: Der transitorische Charakter der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen Produktionsweise
"Soziallogik" versus Kapitallogik: objektive und subjektive Grundlagen und Ansätze für einen transformatorischen Emanzipationsprozess zum demokratischen Sozialismus.
Neoliberalismus und Subjekt: Der neoliberale und neokonservative Umbruch der Gegenwart und die Perspektive einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft
Beiträge: *Michael Brie, Dieter Klein, Joachim Bischoff, André Brie, Mario Candeias, Ines Langemeier, Frigga Haug, Frank Deppe, Joachim Hirsch, Alex Demirovic*

5. Forum

Bildungsreform und Wissensgesellschaft

Termin: noch offen
Ort: München
Veranstalter: Kurt-Eisner-Verein, Zeitschrift Sozialismus, WISSENTransfer
Beiträge: (GEW-Hauptvorstand), (GEW Landesvorsitzender Hamburg) u.a.

6. Forum

Rechtsextremismus, soziale Frage und Neoliberalismus

Termin: noch offen
Ort: Stuttgart (?)
Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, Zeitschrift Sozialismus, WISSENTransfer
Beiträge: *Wilhelm Heitmeyer, Klaus Dörre, Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges, Joachim Bischoff, Bernhard Müller, Frank Decker, Jörg Flecker, Cony Cordt, Murat Cakir*

7. Forum

In der Stagnationsfalle-Perspektiven kapitalistischer Entwicklung

Termin: 9./10. Dezember
Ort: Berlin
Veranstalter: Helle Panke, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Zeitschrift Sozialismus, WISSENTransfer
Deutschland hat nach dem Börsencrash 2000/2001 eine mittlerweile vierjährige Stagnationsphase durchlaufen. Trotz globaler Exporterfolge zeichnet sich kein stabiler Konjunkturaufschwung ab. Der Binnenmarkt dümpelt ohne Impulse am Rande des Absturzes in eine deflationäre Entwicklung. Bei einem Wirtschaftswachstum deutlich unterhalb der Beschäftigungsschwelle findet ein fortwährender Abbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze statt und die Finanzlage von Sozialkassen und öffentlichen Haushalten spitzt sich bei weiteren Steuergeschenken für Kapital- und Vermögenseinkommensbezieher weiter zu.

Was sind die Ursachen von Stagnationstendenzen, die sich in der neueren Wirtschaftsgeschichte bis in die Mitte der 1970er Jahre zurückverfolgen lassen? Mit welchen Theorieansätzen – von der marxschen lassen sie sich erklären? Wie entwickeln sich die Verhältnisse innerhalb der kapitalistischen Triade (wie lange können die überschuldeten USA als Staubsauger der Exportökonomien fungieren?) und wie weit kann die Abkoppelung der Peripherie gehen? Ist die "japanische Krankheit" auch eine reale Gefahr für Europa? Schließlich: Was bedeuten die realwirtschaftlichen Perspektiven für die Hegemonie des Neoliberalismus?
Abendveranstaltung am 9. Dezember:
Wege zur Wiedererlangung der Prosperität: Streitfragen linker Wirtschaftspolitik
Beiträge: *Axel Troost, Herbert Schui, Joachim Bischoff, Dieter Klein,*
Harald Wolf, Klaus Steinitz; Helmut Holter
Workshop am 10. Dezember:
10:45-13:30 *Karl Georg Zinn:* In der Stagnationsfalle – Kapitalismus in der langen Frist
Joachim Bischoff: Frisst der Shareholder Value die Realwirtschaft?
Norbert Reuter: Die Folgen ökonomischer Stagnation für Beschäftigung und Sozialstaat
14:00-17:00 *IMK:* Keynes ante portas?
Wirtschaftspolitisches Benchmarking in Europa
Jörg Huffschmid: Makroökonomischer Dialog: Was kann er bringen?
Dierk Hirschel: Alternativen der Wirtschaftspolitik aus gewerkschaftlicher Perspektive

8. Forum

Kultur und Wissenschaft im 21. Jahrhundert

Termin: noch offen
Ort: noch offen
Veranstalter: noch offen
Beiträge: noch offen

9. Forum

Frauenaufbruch – Geschlechterdemokratie als Herausforderung des 21. Jahrhunderts

Termin: noch offen
Ort: noch offen
Veranstalter: noch offen
Beiträge: noch offen

10. Forum

100 Tage Merkel-Regierung
Erste Zwischenbilanz mit Folgerungen für die parlamentarische und außerparlamentarische Linke

Termin: 14. Januar 2006
Ort: Köln
Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung, WISSENTransfer, Initiative für einen Politikwechsel
Die politische Rechte hat einen gesellschaftlichen Systemwechsel angekündigt. In der Steuerpolitik mit einer massiven Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Mit weiterer Ausrichtung der Alterssicherungssysteme auf die Finanzmärkte. Mit dem Komplettumbau des Gesundheitssystems. Und vor allem mit Angriffen auf Tarifverträge, Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte, mit dem Ziel, gewerkschaftlichen Widerstand gegen Niedriglohnbeschäftigung und prekäre Arbeit zu brechen.
"Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht" – der nur gemeinsam von der parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken organisiert werden kann.
Beiträge: *Sabine Leidig, Peter Wahl, Ulrich Brand, Rainer Einenckel, Horst Schmitthenner, Christine Buchholz, Hans Modrow, Michael Brie, Klaus Ernst, Detlef Hensche, Joachim Bischoff, Bernd Riexiniger*

11. Forum

Perspektiven des europäischen Sozialmodells

Zeit: 28. Januar 2006
Ort:
Veranstalter: GUE/NGL, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Zeitschrift Sozialismus, WISSENTransfer

Die Europäische Union hat sich im letzten Jahrzehnt zu einer Deregulierungsgemeinschaft entwickelt, die den finanzmarktorientierten Umbau der Sozialsysteme aktiv betreibt. Mit der Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden sowie der massiven Kritik an der Vermarktlichung öffentlicher Dienstleistungen hat die neoliberale Abwicklung des europäischen Sozialmodells einen Dämpfer erhalten. Doch trotz europäischer Sozialforen steckt der Prozess der Verständigung der fortschrittlichen zivilgesellschaftlichen und parteipolitischen Kräfte in Europa immer noch in den Anfängen – insbesondere auch nach der EU-Osterweiterung. Wie sieht das Programm eines erneuerten europäischen Sozialmodells aus und wie können Diskussion und Zusammenarbeit der Linken in Europa intensiviert werden?

Es sollen internationale ReferentInnen von verschiedenen Linksparteien, die ähnlich wie die WASG/Linkspartei anzusehen sind (SSP aus Schottland, Repect aus Britannien, SP aus den Niederlanden, Einheitsliste aus Dänemark, PRC aus Italien, ÖDP aus der Türkei, Bewegung für eine neue LInke aus Frankreich, Linksblock aus Portugal sowie von den europäischen Dachstrukturen

Beiträge: *Klaus Dräger, Frank Deppe, Hans-Jürgen Urban, Thorsten Schulten*
für Linkspartei *André Brie, Hans Modrow, Sarah Wagenknecht, Sylvia Kaufmann*
für WASG: *Thomas Händel, Joachim Bischoff, Christine Buchholz, Sabine Lösing*